

Schweizer Recht belohnt Geldwäscherei

In den Rückführungsverfahren zu Haiti und Madagaskar wurden im Mai skandalöse Tatsachen bekannt. In beiden Fällen muss gemäss schweizerischem Recht das Geld an die Veruntreuer zurückgegeben werden. Die Aktion Finanzplatz Schweiz hat reagiert und koordiniert die Forderungen ausländischer und Schweizer NGO an die Schweizer Regierung.

Kurz nach der stolzen Medien-Präsentation der Fonds-Lösung im Fall Kasachstan (siehe Seite 4) platzte die Luftblase einer vorbildlichen Schweizer Rückführungspolitik. In den zwei Fällen Haiti und Madagaskar zeigte sich eine peinliche Gesetzeslücke: Wenn Rechtshilfeverfahren wegen Mängel des Justizsystems im Rechtshilfe ersuchenden Land nur schleppend vorankommen, verpflichtet das Schweizer Recht die Behörden dazu, das Geld den mutmasslichen Geldwäschern zurückzugeben.

Der Fall Duvalier

Im Herbst sollen die seit 2002 in der Schweiz blockierten 7.5 Millionen Dollar des ehemaligen Diktators Jean-Claude Duvalier freigegeben werden. Haitianische und Schweizer NGO finden diesen Schritt absolut skandalös und haben am 25. Mai die Verlängerung der Blockierung und die Rückführung und Verwendung der Gelder zugunsten der haitianischen Bevölkerung gefordert, mit Erfolg. Der Bundesrat hat die Gelder am 4. Juni für weitere drei Monate blockiert.

Der Fall Andrianarivo

Tantely Andrianarivo, bis zu seiner Flucht im Jahr 2002 nach Frankreich Premierminister unter dem madagassischen Diktator Didier Ratsiraka, erhält 2,6 Millionen Franken von einer Genfer Bank zurück. Obwohl Andrianarivo in Madagaskar verurteilt worden war, hebt die Schweiz die Blockierung auf, weil die madagassische Justiz bisher nicht die nötigen Beweise für die strafbare Herkunft der Gelder geliefert hat.

Unsinniger Legalismus des Souveränitätsprinzips

Die Schweiz blockiert selbst bei dringendem Verdacht auf Geldwäscherei die Gelder nicht unbefristet. Aus Sicht der NGO wäre aber vielmehr eine technische Unterstützung im Rechtshilfeverfahren anzustreben, statt die Mitverantwortung der Schweiz mit Hinweis auf die Souveränität und das korrupte Justizsystem des anderen Landes zu verleugnen. (mam)